

Zusammenfassung

Zweite Europäische Unternehmensbefragung über neue und aufkommende Risiken – ESENER-2

Die zweite europaweite Unternehmensbefragung der EU-OSHA soll Arbeitgeber dabei unterstützen, sich intensiver mit Arbeitsschutzfragen zu befassen, um so besser und zielgerichtet die Gesundheit und das Wohlbefinden ihrer Mitarbeiter fördern zu können. Sie stellt politischen Entscheidungsträgern länderübergreifende, vergleichbare Informationen zur Verfügung, die auch bei der Entwicklung und Umsetzung neuer politischer Strategien von Nutzen sein können.

Inhalt

Hintergrund	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Der Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit	4
Psychosoziale Risiken und der Umgang mit ihnen	10
Förderliche und hemmende Faktoren	12
Einbeziehung der Mitarbeiter	14
Erhebungsmethodik	16
Weitere Informationen	17

Hintergrund

In der zweiten Europäischen Unternehmensbefragung über neue und aufkommende Risiken (European Survey of Enterprises on New and Emerging Risks, ESENER-2) der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) werden jene Mitarbeiter und Führungskräfte befragt, die sich mit dem Thema des Arbeitsschutzes hauptsächlich beschäftigen. Schwerpunkt sind Fragen zu psychosozialen Risiken, d. h. arbeitsbedingtem Stress, Gewalt und Belästigung. Im Sommer/Herbst 2014 wurden insgesamt 49 320 Betriebe – aus allen

Branchen¹ und mit mindestens fünf Beschäftigten – in 36 Ländern befragt: in der EU-28 sowie in Albanien, Island, Montenegro, in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, in Serbien, in der Türkei, in Norwegen und in der Schweiz.

Die EU-Rahmenrichtlinie zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Richtlinie 89/391/EWG) und ihre Einzelrichtlinien bieten die Basis dafür, dass Beschäftigte in der EU ein hohes Maß an Gesundheitsschutz und Sicherheit bei der Arbeit genießen. Die Umsetzung der Bestimmungen dieser Richtlinien unterscheidet sich von Land zu Land, und die praktische Anwendung ist von der Branche, der Art des Beschäftigungsverhältnisses und der Betriebsgröße abhängig. Dies wurde bereits von ESENER-1 bestätigt, welches einen Vergleich der Praxis in den einzelnen Ländern lieferte und aufzeigte, welche Faktoren das Arbeitsschutzmanagement auf betrieblicher Ebene beeinflussen.

Aufbauend auf den Ergebnissen von ESENER-1 und unter Beteiligung von Regierungen und Sozialpartnern auf europäischer Ebene soll ESENER-2 Betrieben in ganz Europa Hilfestellung geben, um weiteren Handlungsbedarf und Informationsdefizite besser zu erkennen, und ermitteln helfen, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen erforderlich sind. Im Rahmen von ESENER werden vier Bereiche für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im Detail untersucht:

1. Allgemeiner Ansatz im Betrieb für den Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit.
2. Umgang mit psychosozialen Risiken.

¹ Ausgenommen private Haushalte (NACE T) und extraterritoriale Organisationen (NACE U).

3. Wichtigste förderliche und hemmende Faktoren beim Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit.
4. Einbeziehung und Beteiligung der Beschäftigten bei der Organisation und Umsetzung von Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in der Praxis.

Dieser zusammenfassende Bericht gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse von ESENER-2 für jeden dieser vier Bereiche. Detailliertere Ergebnisse und Analysen werden in einem Übersichtsbericht dargestellt, der im weiteren Verlauf des Jahres 2015 veröffentlicht wird.

Die wichtigsten Ergebnisse

Arbeitsplätze in Europa verändern sich aufgrund rasch wandelnder wirtschaftlicher und sozialer Gegebenheiten. Einige dieser Veränderungen werden in ESENER-2 deutlich: 21 % der Betriebe in der EU-28 geben an, dass Beschäftigte über 55 mehr als ein Viertel ihrer Belegschaft ausmachen, wobei die höchsten Anteile in Schweden (36 %), Lettland (32 %) und Estland (30 %) verzeichnet werden. Gleichzeitig berichten 13 % der Betriebe in der EU-28, dass sie Mitarbeiter haben, die regelmäßig von zu Hause aus arbeiten; hier weisen die Niederlande (26 %) und Dänemark (24 %) die höchsten Anteile auf. Weiterhin ist beachtenswert, dass 6 % der Betriebe in der EU-28 angeben, dass sie Mitarbeiter beschäftigen, die Probleme haben, die dort gesprochene Sprache zu verstehen. Diese Zahl ist in Luxemburg und Malta (16 %) sowie in Schweden (15 %) am höchsten. Derartige Arbeitssituationen bedeuten neue Herausforderungen, die ein Handeln erforderlich machen, um ein hohes Maß an Gesundheitsschutz und Sicherheit bei der Arbeit sicherzustellen.

- Die Ergebnisse aus ESENER-2 machen das kontinuierliche Wachstum des Dienstleistungssektors deutlich. Die am häufigsten genannten Risikofaktoren sind der Umgang mit schwierigen Kunden, Schülern, Patienten (58 % der Betriebe in der EU-28), gefolgt von anstrengenden oder schmerzhaften Arbeitshaltungen (56 %) und repetitiven Hand- oder Armbewegungen (52 %).
- Psychosoziale Risikofaktoren werden im Vergleich zu „klassischen“ Risikofaktoren als schwieriger empfunden. Fast ein Fünftel der betroffenen Betriebe gibt auch an, dass ihnen Informationen oder entsprechende Instrumente für den effizienten Umgang mit diesen Risiken fehlen.
- Aus ESENER-2 geht hervor, dass 76 % der Betriebe in der EU-28 regelmäßig eine Gefährdungsbeurteilung durchführen. Erwartungsgemäß besteht ein positiver Zusammenhang mit der Betriebsgröße; der Prozentsatz der Unternehmen, die eine Gefährdungsbeurteilung durchführen, schwankt zwischen 94 % in Italien und Slowenien und 37 % in Luxemburg.
- Die Mehrheit der befragten Betriebe in der EU-28, die regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchführen,

betrachten diese als sinnvoll (90 %); dieses Ergebnis zieht sich durch alle Branchen und Betriebsgrößen.

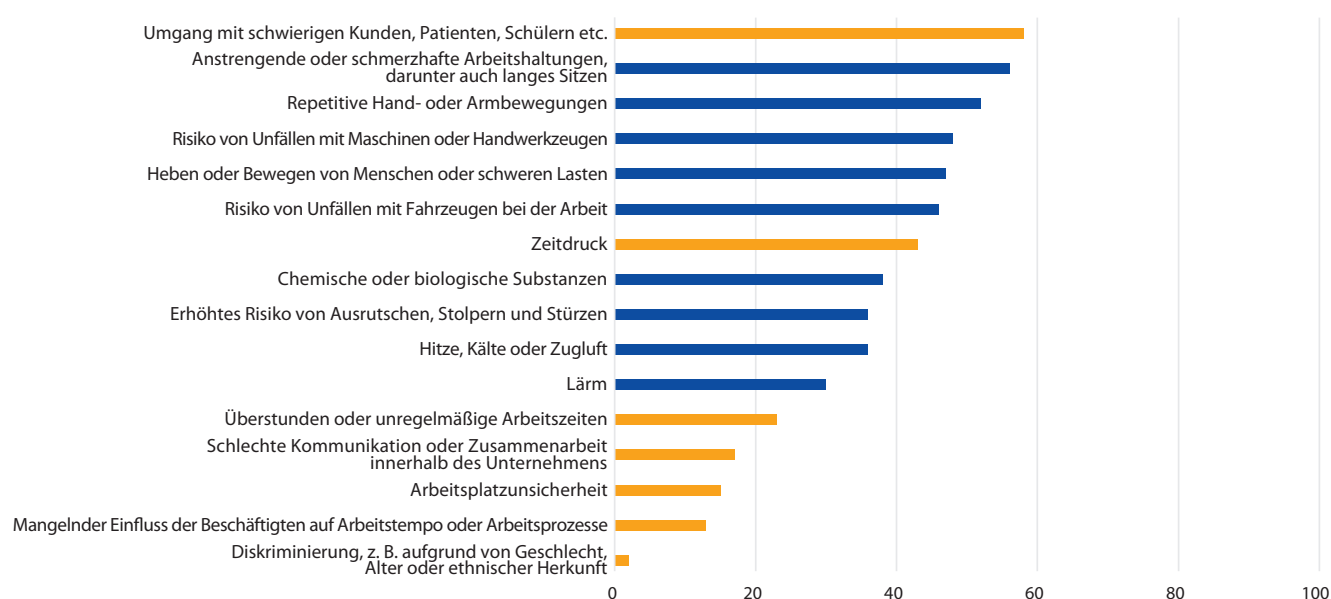
- Beträchtliche Unterschiede zeigen sich, wenn es um den Anteil der Betriebe geht, in denen Gefährdungsbeurteilungen vorwiegend von den eigenen Mitarbeitern vorgenommen werden. Hier ändert sich die Länderreihenfolge erheblich und wird von Dänemark (76 % der Betriebe), dem Vereinigten Königreich (68 %) und Schweden (66 %) angeführt. Schlusslichter sind hier Slowenien (7 %), Kroatien (9 %) und Spanien (11 %).
- Betrachtet man die Betriebe, die keine regelmäßigen Gefährdungsbeurteilungen vornehmen, lauten die Hauptgründe dafür, dass die Risiken und Gefahren bereits bekannt sind (83 % der Betriebe) und dass es keine größeren Probleme gibt (80 %).
- Eine Mehrheit der Betriebe aus der EU-28 (90 %) gibt an, dass – vor allem in den größeren Betrieben – ein Dokument vorliegt, das die Zuständigkeiten und Verfahren für Gesundheitsschutz und Sicherheit erläutert. Nach Branchen bestehen keine signifikanten Unterschiede, während nach Ländern die höchsten Werte im Vereinigten Königreich, in Slowenien, Rumänien, Polen und Italien (jeweils 98 %) zu finden sind; am unteren Ende der Skala stehen Montenegro (50 %), Albanien (57 %) und Island (58 %).
- Gesundheitsschutz und Sicherheit werden auf der obersten Führungsebene regelmäßig in 61 % der Betriebe in der EU-28 besprochen, wobei die Werte mit zunehmender Betriebsgröße ansteigen. Nach Ländern betrachtet liegen höhere Werte für die Tschechische Republik (81 %), das Vereinigte Königreich (79 %) und Rumänien (75 %) vor, während geringere prozentuale Anteile für Montenegro (25 %), Estland (32 %), Island und Slowenien (35 %) gemeldet werden.
- Fast drei Viertel der befragten Betriebe in der EU-28 (73 %) gaben an, ihre Teamleiter und direkten Vorgesetzten im Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit zu schulen; hier steigen die Anteile mit zunehmender Betriebsgröße, und derartige Schulungen werden am häufigsten von Betrieben in den Branchen Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (82 %) sowie Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (81 %) angegeben. Aufgeschlüsselt nach Ländern werden diese Schulungen am häufigsten in der Tschechischen Republik (94 %), Italien (90 %), Slowenien und in der Slowakei (beide 84 %) und am seltensten in Island (38 %), Luxemburg (43 %) und Frankreich (46 %) angeboten.
- Betrachtet man die Gründe, die Betriebe zur Beschäftigung mit Fragen von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit motivieren, wird von 85 % der Betriebe in der EU-28 als Hauptgrund das Erfüllen einer gesetzlichen Verpflichtung angegeben. Es besteht eine positive Korrelation mit der Betriebsgröße, während die Anteile bei der Aufschlüsselung

nach Ländern von 68 % der Betriebe in Dänemark bis zu 94 % der Betriebe in Portugal reichen. In einigen Ländern, vor allem in denen, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, sowie in einigen Kandidatenländern, wird als häufigstes Motiv für die Befassung mit Fragen von Gesundheitsschutz und Sicherheit die Reputation des Unternehmens angegeben.

- Das am zweithäufigsten angegebene Motiv für Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit ist das Erfüllen von Erwartungen seitens der Beschäftigten oder ihrer Vertreter. Aus ESENER-2 geht hervor, dass mehr als vier Fünftel der Betriebe in der EU-28, die regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen durchführen (81 %), angeben, dass sie ihre Beschäftigten an der Planung und Umsetzung von Maßnahmen beteiligen.
- Laut ESENER-2 liegt das Hauptproblem beim Umgang mit psychosozialen Risiken wohl daran, dass dieses sensible Thema nicht offen angesprochen wird (30 % der Betriebe in der EU-28). Diese Probleme werden mit zunehmender Betriebsgröße häufiger erwähnt.
- Etwas mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe in der EU-28 (53 %) gibt an, über ausreichende Informationen zu psychosozialen Risiken und Gefährdungsbeurteilung zu verfügen. Erwartungsgemäß schwankt dieser Anteil mehr nach Betriebsgröße als nach Branche, und insbesondere bei der Aufschlüsselung nach Ländern sind die Unterschiede größer: Slowenien (75 %) und Italien (74 %) im Gegensatz zu Malta (35 %) und zur Slowakei (40 %).

- Was den Einsatz von Dienstleistern im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz angeht, zeigt sich, dass hier am häufigsten Arbeitsmediziner (68 %), Generalisten für Gesundheitsschutz und Sicherheit (63 %) und Fachleute für Unfallverhütung (52 %) eingesetzt werden. Im Hinblick auf psychosoziale Risiken berichten nur 16 % der Betriebe in der EU-28 vom Einsatz eines Psychologen.
- Bei der Art der Arbeitnehmervertretung wird am häufigsten ein Beauftragter für Sicherheit und Gesundheitsschutz genannt, nämlich von 58 % der Betriebe in der EU-28. Am höchsten sind die Anteile in Betrieben des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens (67 %), gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (64 %) und der öffentlichen Verwaltung (59 %). Erwartungsgemäß werden diese Ergebnisse weitgehend von der Betriebsgröße bestimmt.
- Bei den Betrieben, die angeben, dass sie in den drei Jahren vor der Umfrage Maßnahmen zur Verhütung psychosozialer Risiken ergriffen haben, geben 63 % aus der EU-28 an, dass die Beschäftigten bei der Konzeption und Umsetzung solcher Maßnahmen mitgewirkt haben. Diese Ergebnisse variieren nach Ländern; führend sind hier mit 77 % Dänemark und Österreich, das Schlusslicht bildet die Slowakei mit 43 %. Aufgrund der Art der psychosozialen Risiken wäre zu erwarten, dass Maßnahmen in diesem Bereich zu einer stärkeren Beteiligung der Beschäftigten und zu einem besonders hohen Maß an Zusammenarbeit aller Akteure am Arbeitsplatz führen würden.

Abbildung 1. Im Betrieb vorhandene Risikofaktoren (% der Betriebe, EU-28)



Grundlage: alle Betriebe in der EU-28.

Anmerkung: psychosoziale Risikofaktoren orangefarben dargestellt.

Tabelle 1. Zwei am häufigsten genannte Risikofaktoren im Betrieb nach Branche (% der Betriebe, EU-28).

Branche	Am häufigsten berichtete Risikofaktoren (% der Betriebe in der Branche in der EU-28)	
	Erster	Zweiter
A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei	Risiko von Unfällen mit Maschinen oder Handwerkzeugen (78 %)	Risiko von Unfällen mit Fahrzeugen bei der Arbeit (73 %)
B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung	Risiko von Unfällen mit Maschinen oder Handwerkzeugen (82 %)	Heben oder Bewegen von Menschen oder schweren Lasten (71 %)
C: Verarbeitendes Gewerbe	Risiko von Unfällen mit Maschinen oder Handwerkzeugen (77 %)	Repetitive Hand- oder Armbewegungen (58 %)
G, H, I, R: Handel, Transport, Gastgewerbe/Beherbergung und Erholung	Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern usw. (62 %)	Repetitive Hand- oder Armbewegungen (49 %)
J, K, L, M, N, S: IT, Finanzwesen, Immobilienbranche und andere technische, wissenschaftliche oder persönliche Dienstleistungen	Anstrengende oder schmerzhafte Arbeitshaltungen, darunter auch langes Sitzen (64 %)	Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern etc. (56 %)
O: Öffentliche Verwaltung	Anstrengende oder schmerzhafte Arbeitshaltungen, darunter auch langes Sitzen (76 %)	Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern etc. (68 %)
P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen	Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern etc. (75 %)	Anstrengende oder schmerzhafte Arbeitshaltungen, darunter auch langes Sitzen (61 %)

Grundlage: alle Betriebe in der EU-28.

Der Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit

Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit sind ein interdisziplinärer Bereich, der sich mit der Sicherheit, der Gesundheit und dem Wohlbefinden von Menschen bei der Arbeit beschäftigt. Immer komplexere Arbeitsprozesse und Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Zusammenspiel mit den sich daraus ergebenden neuen oder sich wandelnden Gefährdungen erfordern einen neuen und systematischen Ansatz. Es werden Lösungen benötigt, die es Arbeitgebern ermöglichen, Fragen des Arbeitsschutzes auf allen operativen Ebenen und für alle Arten von Aktivitäten zu berücksichtigen und diese routinemäßig bei der Umsetzung von Maßnahmen einzubeziehen.

Risiken für Sicherheit und Gesundheit

- Vor diesem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels belegen die Ergebnisse von ESENER-2 das kontinuierliche Wachstum des Dienstleistungssektors. Die am häufigsten genannten Risikofaktoren (Abbildung 1) sind der Umgang mit schwierigen Kunden, Schülern, Patienten (58 % der Betriebe in der EU-28), gefolgt von anstrengenden oder

schmerzhafte Arbeitshaltungen (56 %) und repetitiven Hand- oder Armbewegungen (52 %).

- Die Ergebnisse nach Branchen weisen, wie erwartet, einige interessante Unterschiede auf. Tabelle 1 zeigt die beiden am häufigsten von den Betrieben in der Branche berichteten Risikofaktoren – der in allen Branchen am seltensten genannte Risikofaktor ist Diskriminierung.
- Das Risiko für Unfälle mit Maschinen oder Handwerkzeugen ist der am häufigsten genannte Risikofaktor in den Branchen Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (82 % der Betriebe der Branche in der EU-28), Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (78 %) und verarbeitendes Gewerbe (77 %).
- Der Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern usw. ist der häufigste Risikofaktor in den Bereichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (75 %) sowie Handel, Transport, Gastgewerbe/Beherbergung und Erholung (62 %). Die restlichen psychosozialen Risikofaktoren werden meist aus Betrieben in der öffentlichen Verwaltung und aus dem Dienstleistungsbereich gemeldet.

Tabelle 2. Risikofaktor und Branche, in der er am häufigsten genannt wird (% der Betriebe, EU-28).

Risikofaktor (% der Betriebe in der EU-28 in allen Branchen)	Am häufigsten angegebene Branche (% der Betriebe in der EU-28 in der Branche)
Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern etc. (58 %)	P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (75 %)
Anstrengende oder schmerzhafte Arbeitshaltungen, darunter auch langes Sitzen (56 %)	O: Öffentliche Verwaltung (76 %)
Repetitive Hand- oder Armbewegungen (52 %)	A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (63 %)
Risiko von Unfällen mit Maschinen oder Handwerkzeugen (48 %)	B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (82 %)
Heben oder Bewegen von Menschen oder schweren Lasten (47 %)	B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (71 %)
Risiko von Unfällen mit Fahrzeugen bei der Arbeit (46 %)	A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (73 %)
Zeitdruck (43 %)	P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (50 %)
Chemische oder biologische Substanzen (38 %)	A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (63 %)
Erhöhtes Risiko von Ausrutschen, Stolpern und Stürzen (36 %)	B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (63 %)
Hitze, Kälte oder Zugluft (36 %)	A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (65 %)
Lärm (30 %)	B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (61 %)
Überstunden oder unregelmäßige Arbeitszeiten (23 %)	A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (35 %)
Schlechte Kommunikation oder Zusammenarbeit innerhalb des Betriebs (17 %)	O: Öffentliche Verwaltung (26 %)
Arbeitsplatzunsicherheit (15 %)	O: Öffentliche Verwaltung P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (19 %)
Mangelnder Einfluss der Beschäftigten auf Arbeitstempo oder Arbeitsprozesse (13 %)	O: Öffentliche Verwaltung (18 %)
Diskriminierung, z. B. aufgrund von Geschlecht, Alter oder ethnischer Herkunft (2 %)	P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen (4 %)

Grundlage: alle Betriebe in der EU-28.

- Anstrengende oder schmerzhafte Arbeitshaltungen, darunter auch langes Sitzen, sind die am häufigsten genannten Risikofaktoren in den Bereichen öffentliche Verwaltung (76 %) und IT, Finanzwesen, Immobilienbranche und andere technische, wissenschaftliche oder persönliche Dienstleistungen (64 %). Interessanterweise und wie auch bei repetitiven Hand- oder Armbewegungen werden sie häufig in Betrieben aus allen Branchen angegeben, was bestätigt, dass physische Risikofaktoren für Muskel- und Skeletterkrankungen (MSE) in allen Tätigkeitsbereichen gängig sind.
- Betrachtet man nach Risikofaktor die Branche, die die Rangliste hinsichtlich des Prozentsatzes der Betriebe anführt, die ein Vorhandensein des Risikofaktors angeben, so weisen Land- und Forstwirtschaft und Fischerei die höchsten Anteile bei fünf der betrachteten Risikofaktoren auf, nämlich Hitze, Kälte oder Zugluft (65 % der Betriebe in der Branche in der EU-28), chemische oder biologische Substanzen (63 %), repetitive Hand- oder Armbewegungen (63 %), Überstunden oder unregelmäßige Arbeitszeiten (35 %) und das zuvor erwähnte Risiko für Unfälle mit Fahrzeugen bei der Arbeit (73 %). Diese Ergebnisse unterstreichen die körperlich anstrengenden Arbeitsbedingungen in dieser Branche – siehe Tabelle 2.
- Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung führen die Liste beim Risiko von Unfällen mit Maschinen oder Handwerkzeugen (82 %), Heben oder Bewegen von Menschen oder schweren Lasten (71 %), erhöhtes Risiko von Ausrutschen, Stolpern und Stürzen (63 %) und Lärm (61 %) an. Öffentliche Verwaltung und Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sind bei den restlichen sieben Risikofaktoren führend.

Gefährdungsbeurteilung

Eine wichtige, von ESENER-2 untersuchte Frage für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, ist, ob an den Arbeitsplätzen regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt werden. Die Gefährdungsbeurteilung ist, wie in der EU-Rahmenrichtlinie über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Richtlinie 89/391/EWG) dargelegt, der Eckpfeiler des europäischen Konzepts für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit.

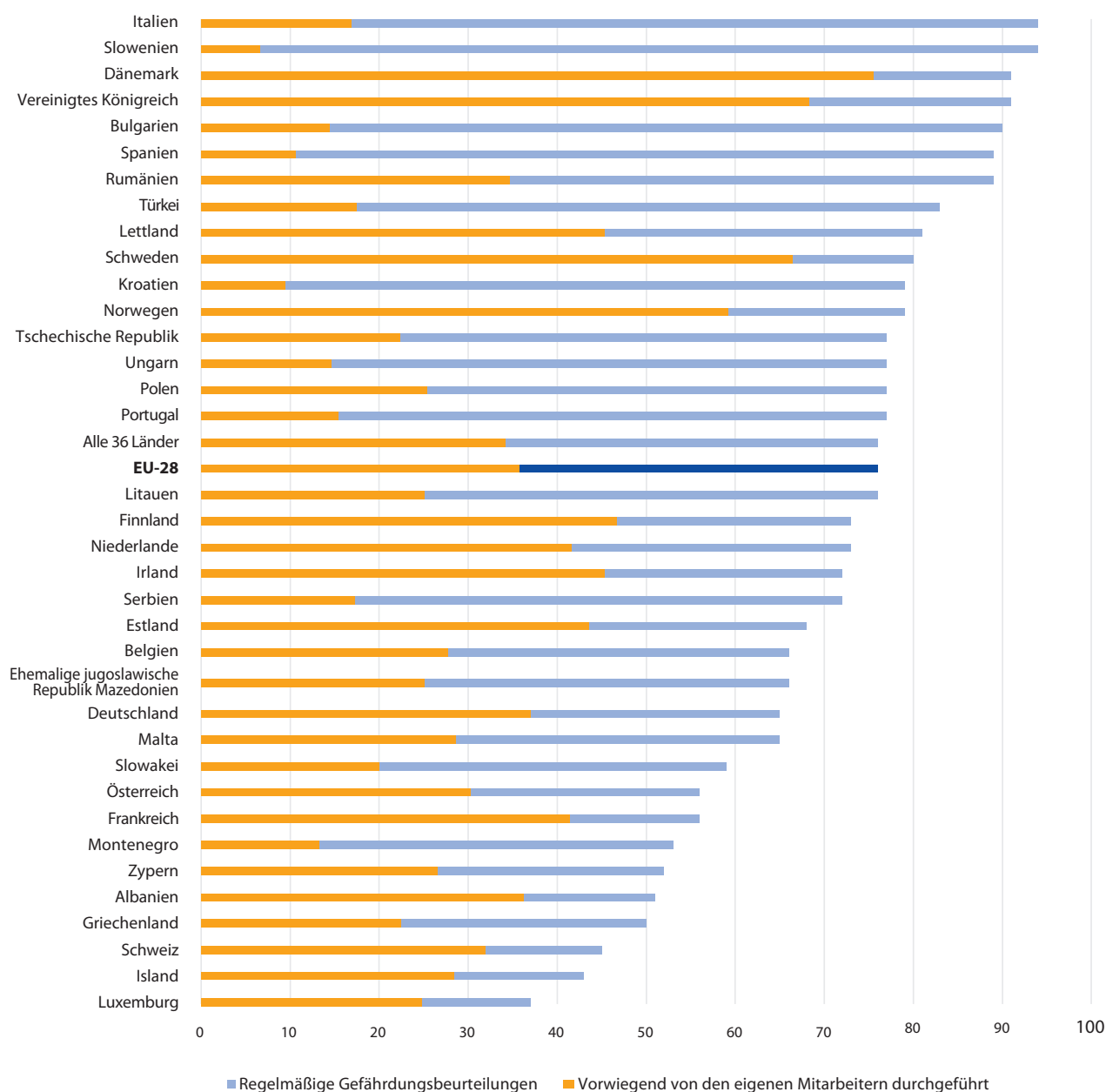
- Aus ESENER-2 geht hervor, dass 76 % der Betriebe in der EU-28 regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchführen² und dass die meisten von ihnen diese dokumentieren (92 %). Erwartungsgemäß besteht eine positive Korrelation zwischen der Durchführung der Gefährdungsbeurteilungen und der

Betriebsgröße; die Spanne reicht hier von 69 % bei den Kleinstbetrieben mit fünf bis neun Mitarbeitern bis hin zu 96 % bei Betrieben mit mehr als 250 Beschäftigten.

- Aufgeschlüsselt nach Ländern reichen die Werte von 94 % der Betriebe in Italien und Slowenien bis zu lediglich 37 % in Luxemburg. Nach Branchen entfallen die höchsten Anteile auf die gefährlichsten Branchen wie verarbeitendes Gewerbe (85 %), Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (84 %) sowie Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (83 %).
- Interessanterweise zeigen sich, wie aus Abbildung 2 hervorgeht, beim Anteil der Betriebe, in denen Gefährdungsbeurteilungen vorwiegend von den eigenen Mitarbeitern vorgenommen werden, beträchtliche Unterschiede. Hier ändert sich die Länderreihenfolge erheblich und wird von Dänemark (76 % der Betriebe), dem Vereinigten Königreich (68 %) und Schweden (66 %) angeführt. Schlusslichter sind hier Slowenien (7 %), Kroatien (9 %) und Spanien (11 %).
- Es scheint ein Zusammenhang mit der Betriebsgröße zu bestehen, denn der prozentuale Anteil der Betriebe, in denen Gefährdungsbeurteilungen vorwiegend von den eigenen Mitarbeitern vorgenommen werden, steigt mit zunehmender Betriebsgröße. Dies lässt nicht auf die Qualität dieser Gefährdungsbeurteilungen schließen – in einigen Ländern mag es eine gesetzliche Verpflichtung geben, Dienstleister für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit mit dieser Aufgabe zu beauftragen –, aber grundsätzlich und in der Annahme, dass diejenigen, die die Arbeit kontrollieren, am besten die Risiken kontrollieren können, sollten alle Betriebe in der Lage sein, allein mit eigenen Mitarbeitern grundlegende Gefährdungsbeurteilungen vorzunehmen.
- Die Aspekte, die am häufigsten in der Gefährdungsbeurteilung berücksichtigt werden, sind Sicherheit von Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen (84 %), gefolgt von Arbeitshaltungen, physischen Arbeitsanforderungen und repetitiven Bewegungen (75 %).
- Interessant ist, dass von den Betrieben, die regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen vornehmen und angeben, dass auch Mitarbeiter von zu Hause aus arbeiten, nur 29 % angeben, dass diese Gefährdungsbeurteilungen auch Heimarbeitsplätze abdecken. Den höchsten Anteil findet man hier in der öffentlichen Verwaltung (40 %). Obwohl diese Ergebnisse nur 13 % der gesamten Stichprobe befragter Betriebe betreffen, sollten sie als Hinweis auf den Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in der Praxis angesichts neuer Formen der Arbeitsorganisation beachtet werden.
- Ähnlich sieht es aus, wenn man sich auf die Betriebe konzentriert, die neben direkt angestellten Mitarbeitern auch Mitarbeiter mit anderen Beschäftigungsverhältnissen aufweisen, u. a. Zeitarbeitnehmer, Subunternehmer und

2 Die von ESENER-2 angegebenen absoluten Zahlen der Gefährdungsbeurteilungen sind wahrscheinlich in gewissem Maße zu hoch gegriffene Schätzungen. Diese Art von „Messfehlern“ ist allen Erhebungen gemein, und ESENER-2 bemühte sich nach besten Kräften darum, sie auf ein Minimum zu begrenzen. Am wichtigsten ist, dass diese Methode sicherstellt, dass die Angaben für gültige Vergleiche zwischen Ländern und für eine Analyse im Verhältnis zu anderen Variablen herangezogen werden können, was den Hauptzielen der Erhebung entspricht.

Abbildung 2. Regelmäßig durchgeführte Gefährdungsbeurteilungen am Arbeitsplatz und Gefährdungsbeurteilungen, die vorwiegend von den eigenen Mitarbeitern durchgeführt werden, nach Land (% der Betriebe).



Grundlage: alle Betriebe, alle 36 Länder.

Anmerkung: Daten zu Gefährdungsbeurteilungen, die vorwiegend von internen Mitarbeitern durchgeführt werden, abgefragt bei Betrieben, die angeben, regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen. Prozentsätze in der Grafik im Hinblick auf die Gesamtzahl der Betriebe neu berechnet.

Selbstständige. Hier geben 62% der Betriebe in der EU-28, die Gefährdungsbeurteilungen durchführen, an, dass dadurch auch diese anderen Arten von Beschäftigungsverhältnissen berücksichtigt werden.

- Die Mehrheit der befragten Betriebe in der EU-28, die regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchführen, betrachten diese als sinnvoll (90 %); dieses Ergebnis zieht sich durch alle Branchen und Betriebsgrößen.
- Betrachtet man die Betriebe, die keine regelmäßigen Gefährdungsbeurteilungen vornehmen, lauten die Hauptgründe hierfür, dass die Risiken und Gefahren bereits bekannt sind (83 % der Betriebe) und dass es keine größeren Probleme gibt (80 %). Diese Ergebnisse treffen auf 24 % der befragten Betriebe zu, aber sie werfen folgende Frage auf: Haben diese Betriebe und unter ihnen vor allem die kleinsten tatsächlich weniger Probleme oder sind sie sich schlicht und ergreifend der Risiken am Arbeitsplatz weniger bewusst?
- Interessanterweise geben Betriebe in den kleinsten Größenkategorien seltener als die größeren Betriebe an, das Verfahren sei zu aufwändig, nämlich 22 % der Betriebe mit fünf bis neun Mitarbeitern im Vergleich zu 31 % der Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeitern (Abbildung 3).

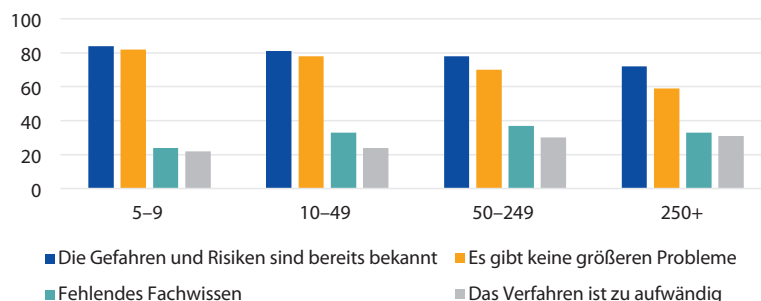
Allgemeiner Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz im Betrieb

- Ein Dokument, das die Zuständigkeiten und Verfahren für Gesundheitsschutz und Sicherheit erläutert, liegt Mitarbeitern in 90 % der Betriebe in der EU-28 vor, wobei dies in größeren Betrieben häufiger der Fall ist. Nach Branchen gibt es keine signifikanten Unterschiede, während nach Ländern die höchsten Anteile im Vereinigten Königreich, in Slowenien, Rumänien, Polen und Italien (in allen 98 %) zu finden sind;

am anderen Ende der Skala befinden sich Montenegro (50 %), Albanien (57 %) und Island (58 %).

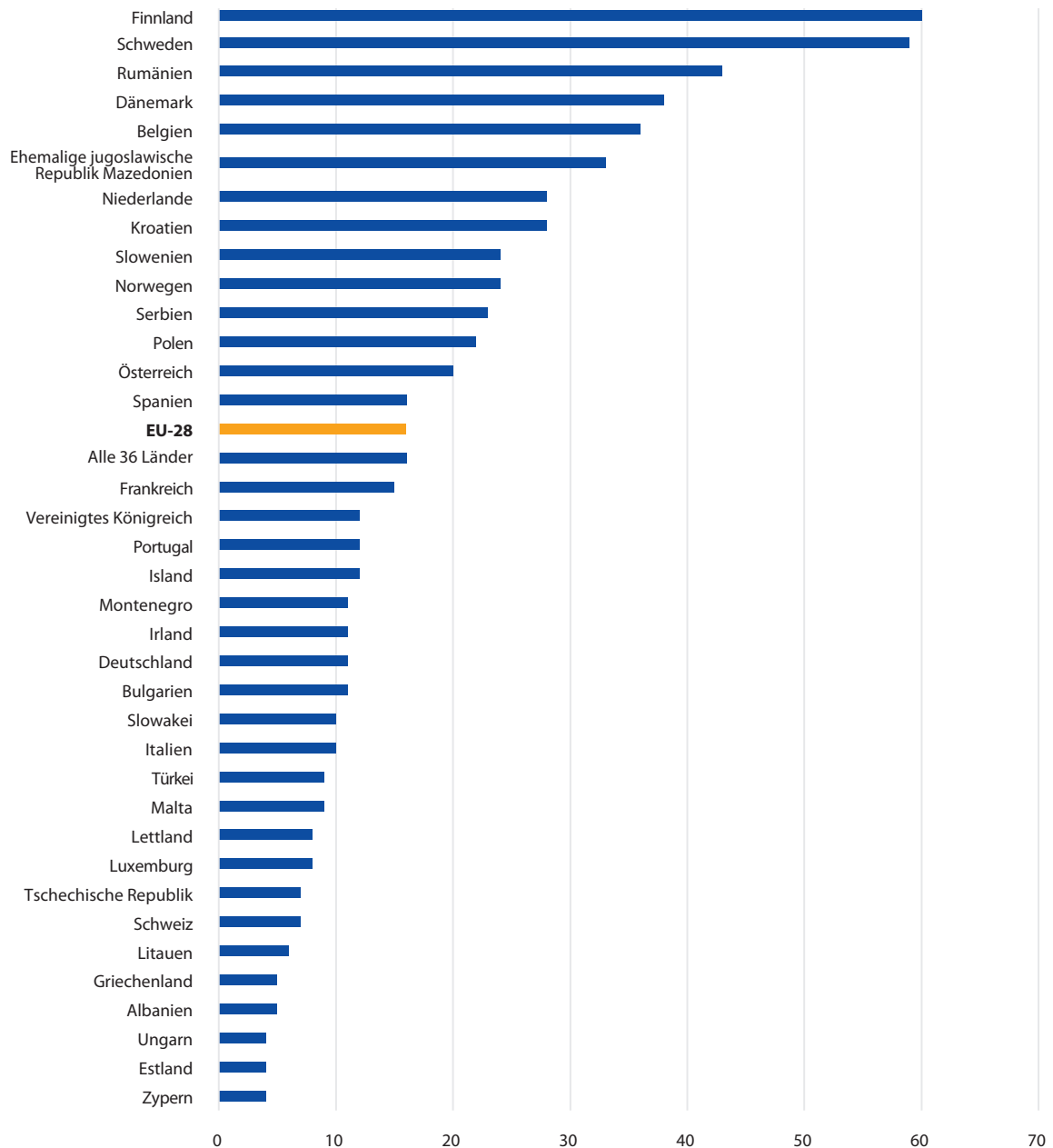
- Spezielle Finanzmittel für Gesundheitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen sowie Ausrüstungen werden jedes Jahr von 41 % der Betriebe in der EU-28 bereitgestellt, wobei der Prozentsatz mit der Betriebsgröße steigt. Nach Branchen betrachtet liegt die öffentliche Verwaltung deutlich über diesem Wert (63 %). Die Ergebnisse nach Ländern zeigen, dass die höchsten Anteile auf Rumänien (66 %), die Türkei (64 %) und Litauen (62 %) entfallen, am niedrigsten sind sie in Dänemark (15 %), Island (19 %) und Österreich (23 %).
- Die Beteiligung direkter Vorgesetzter an Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit ist ein ausschlaggebender Faktor für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. ESENER-2 zeigt, dass 61 % der Betriebe in der EU-28 angeben, dass Fragen zu Gesundheitsschutz und Sicherheit regelmäßig auf oberster Führungsebene erörtert werden; der Anteil nimmt mit wachsender Betriebsgröße zu. Nach Ländern wird dies häufiger aus der Tschechischen Republik (81 %), dem Vereinigten Königreich (79 %) und Rumänien (75 %) berichtet, während geringere prozentuale Anteile aus Montenegro (25 %), Estland (32 %), Island und Slowenien (35 %) gemeldet werden.
- In 73 % der Betriebe erhalten Teamleiter und direkte Vorgesetzte Schulungen im Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit; hier steigen die Anteile mit zunehmender Betriebsgröße, und solche Schulungen werden am häufigsten von Betrieben in den Branchen Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (82 %) sowie Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (81 %) angegeben. Aufgeschlüsselt nach Ländern werden solche Schulungen am häufigsten in der Tschechischen Republik (94 %), in Italien (90 %), Slowenien und in der Slowakei (84 %), am seltensten in Island (38 %), Luxemburg (43 %) und Frankreich (46 %) angeboten.

Abbildung 3. Gründe, weshalb Bewertungen von Risiken am Arbeitsplatz nicht regelmäßig durchgeführt werden, nach Betriebsgröße (% der Betriebe, EU-28).



Grundlage: Betriebe in der EU-28, die nicht regelmäßig Gefährdungsbeurteilungen durchführen.

Abbildung 4. Einsatz eines internen oder externen Psychologen, nach Land (% der Betriebe).



Grundlage: alle Betriebe, alle 36 Länder.

- Was den Einsatz von Dienstleistern im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz angeht, zeigt sich, dass hier am häufigsten Arbeitsmediziner (68 %), Generalisten für Gesundheitsschutz und Sicherheit (63 %) und Fachleute für Unfallverhütung (52 %) eingesetzt werden. Im Hinblick auf psychosoziale

Risiken berichten nur 16 % der Betriebe in der EU-28 vom Einsatz eines Psychologen (Abbildung 4). Interessanterweise bestehen zwischen den Ländern beträchtliche Unterschiede: In Finnland und Schweden geben etwa 60 % der Betriebe

an, auf einen internen oder externen Psychologen zurückzugreifen.

- ESENER-2 befragte Betriebe zu den von ihnen angebotenen Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung. Die am häufigsten genannte Maßnahme (35 % der Betriebe in der EU-28) betrifft die Sensibilisierung für Suchtprävention (Rauchen, Alkohol, Drogen), gefolgt von Ernährungsberatung (29 %) und Förderung sportlicher Aktivitäten außerhalb der Arbeitszeit (28 %). Nach Branchen betrachtet werden Maßnahmen zur Gesundheitsförderung häufiger von Betrieben in den Bereichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen angegeben. Aufgeschlüsselt nach Ländern entfallen die höchsten Anteile auf Betriebe in Finnland, das die Liste in puncto Sensibilisierung für Suchtprävention anführt (59 % der Betriebe) und bei den beiden anderen Maßnahmen an zweiter Stelle steht; hier liegt ein besonders hoher Anteil (78 %) von Betrieben vor, die sportliche Aktivitäten außerhalb der Arbeitszeit fördern (80 % in Schweden).
- Es wurde bereits erwähnt, dass die Risikofaktoren, die zu MSE führen können, von Betrieben aller Branchen gleichermaßen berichtet werden. Bezüglich der Präventivmaßnahmen geht aus ESENER-2 hervor, dass 85 % der Betriebe, die das Risiko des Hebens oder Bewegens von Menschen oder schweren Lasten angeben, über Ausrüstungen verfügen, die bei dieser oder anderer körperlich anstrengender Arbeit unterstützen. Dieser Anteil steigt mit zunehmender Betriebsgröße, und dieser Aspekt wird erwartungsgemäß am häufigsten in den Branchen mit mehr körperlich anstrengender Arbeit angegeben, also verarbeitendes Gewerbe (96 %), Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (93 %) sowie Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung (92 %). Nach Ländern finden sich die höchsten Zahlen in Finnland (94 %), Montenegro (93 %) und Island (90 %) im Gegensatz zur Slowakei (71 %), Kroatien (72 %) und Griechenland (73 %).
- Die am zweithäufigsten genannte Maßnahme zur Vorbeugung gegen MSE ist die Bereitstellung ergonomischer Ausrüstung (73 %). Auch hier nimmt der Anteil mit wachsender Betriebsgröße zu, und am häufigsten wird diese Maßnahme in den Bereichen IT, Finanzwesen, Immobilienbranche und andere technische, wissenschaftliche oder persönliche Dienstleistungen (82 %) und öffentliche Verwaltung (82 %) angegeben. Am gängigsten ist sie in Betrieben in Schweden (84 %) und Dänemark (83 %) im Gegensatz zu Betrieben in der Slowakei, in Litauen und Bulgarien (mit jeweils 51 %).

Psychosoziale Risiken und der Umgang mit ihnen

Tiefgreifende Veränderungen in der Arbeitswelt bringen psychosoziale Risiken mit sich. Solche Risiken, die mit der Gestaltung, der Organisation und dem Management der Arbeit sowie mit dem wirtschaftlichen und sozialen Kontext im Zusammenhang stehen, erhöhen das Stressniveau und

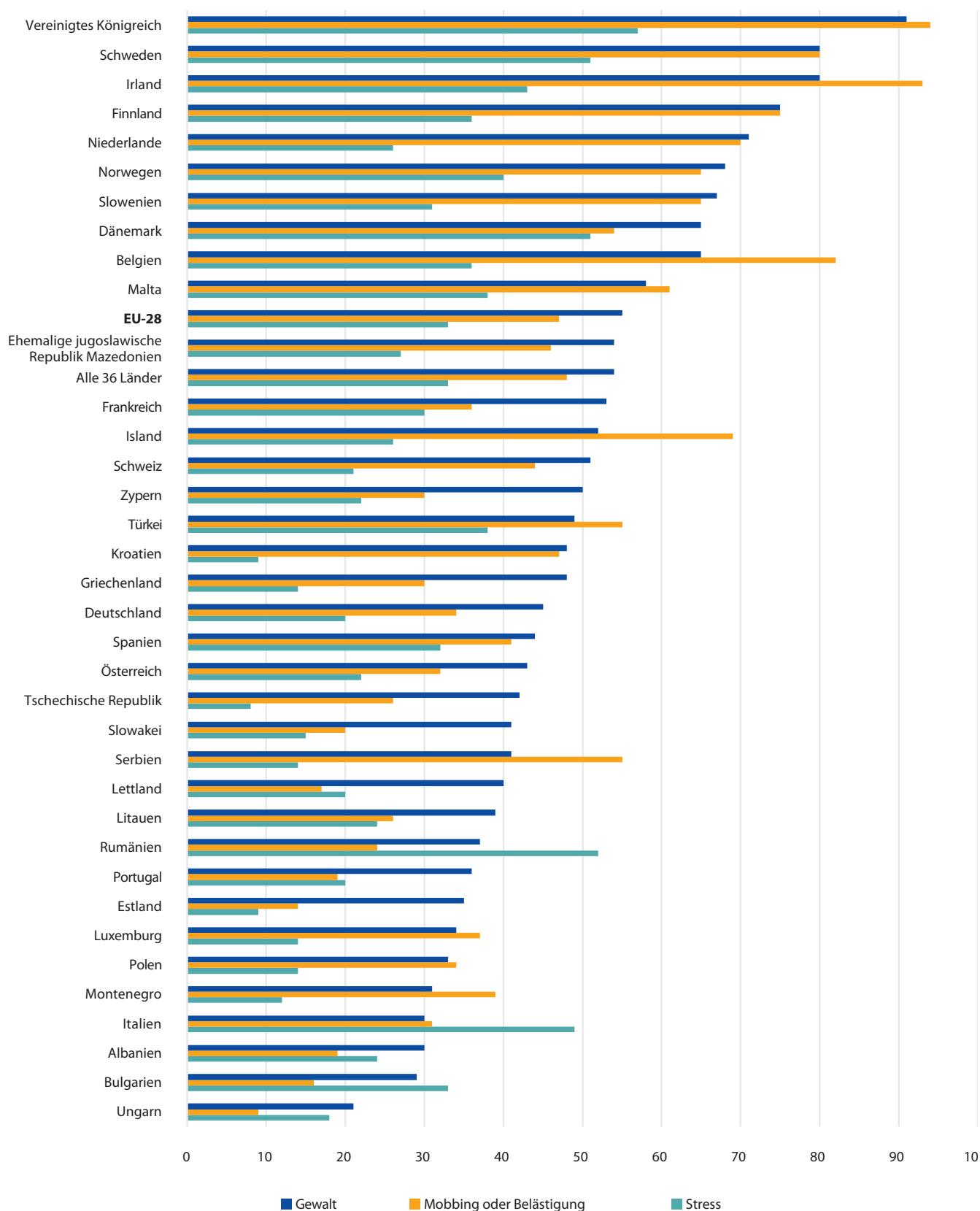
können eine erhebliche Beeinträchtigung der psychischen und physischen Gesundheit zur Folge haben.

- Wie bereits dargelegt, sind in Betrieben in der EU-28 die beiden am häufigsten angegebenen psychosozialen Risikofaktoren der Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern usw. (58 %) und Zeitdruck (43 %). Beide weisen ein ähnliches Branchenprofil auf: Am häufigsten werden sie in Betrieben des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens und in der öffentlichen Verwaltung genannt, und ihre geringsten Anteile finden sich in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sowie im verarbeitenden Gewerbe. Bei beiden, aber vor allem beim Zeitdruck, ist mit wachsender Betriebsgröße ein Anstieg zu verzeichnen.
- Der Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten und Schülern usw. wird als Risikofaktor häufiger von Betrieben in Montenegro (78 %), Frankreich und Estland (70 %) und seltener in Betrieben in der Türkei (28 %), in Italien (37 %) und in Litauen (39 %) genannt.
- Was den Zeitdruck angeht, so scheint es einen Ländercluster zu geben, denn er wird meist von Betrieben in den nordischen Ländern und mit erheblichem Abstand zu den restlichen Ländern genannt: Schweden und Finnland (74 %), dicht gefolgt von Dänemark (73 %), Norwegen und Island (71 %). Als nächstes Land folgen die Niederlande (62 %), und die niedrigsten Prozentsätze sind erneut in der Türkei (15 %), in Litauen (16 %) und in Italien (21 %) zu verzeichnen.

Der Umgang mit psychosozialen Risiken

- Im Vergleich zu „klassischen“ Risikofaktoren wird das Management von psychosozialen Risikofaktoren als schwieriger empfunden. Fast ein Fünftel der Betriebe, die von einem Umgang mit schwierigen Kunden oder von Zeitdruck berichten, gibt an, dass ihnen Informationen oder entsprechende Instrumente für den effizienten Umgang mit solchen Risiken fehlen.
- Nach Branchen aufgeschlüsselt zeigt ESENER-2, dass sich die meisten Betriebe, die von einem Mangel an Informationen oder Tools für ein wirksames Management dieser Risiken berichten, in der öffentlichen Verwaltung finden lassen, gefolgt von Finanzwesen, Immobilienbranche, technische, wissenschaftliche oder persönliche Dienstleistungen, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.
- Darauf aufbauend untersucht ESENER-2, wie Betriebe mit psychosozialen Risiken umgehen, und fragt nach a) Aktionsplänen und Verfahren zum Umgang mit Stress, Mobbing oder Belästigung und Fällen von Bedrohung, Missbrauch oder Angriffen und b) konkreten Maßnahmen, die in den drei Jahren vor der Befragung ergriffen wurden.
- Etwa 33 % der Betriebe mit über 20 Mitarbeitern in der EU-28 geben an, dass sie über einen Aktionsplan zur Vorbeugung von arbeitsbedingtem Stress verfügen (Abbildung 5). Diese

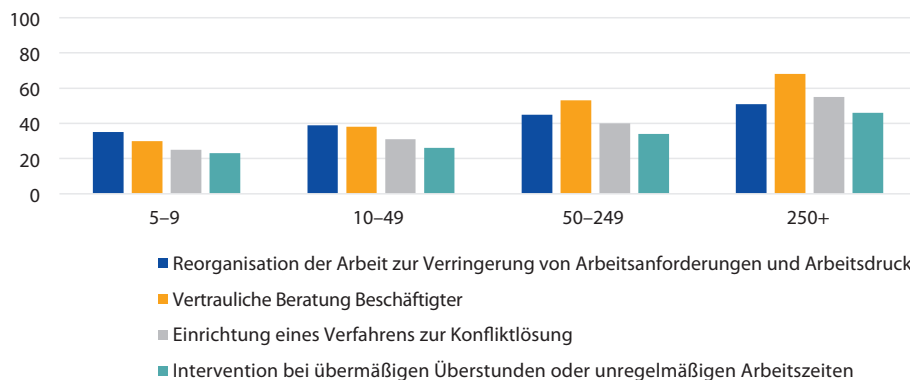
Abbildung 5. Aktionsplan zur Vorbeugung von arbeitsbedingtem Stress und Verfahren zum Umgang mit Mobbing oder Belästigung und Fällen von Bedrohungen, Missbrauch oder Angriffen (% der Betriebe).



Grundlage: Betriebe mit mehr als 19 Mitarbeitern in allen 36 Ländern.

Die Frage nach Verfahren zum Umgang mit Fällen von Bedrohungen, Missbrauch oder Angriffen seitens Kunden, Patienten oder Schülern oder anderen externen Personen wurde nur denjenigen gestellt, die den Risikofaktor „Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten, Schülern usw.“ angaben.

Abbildung 6. Maßnahmen zur Vorbeugung psychosozialer Risiken in den vergangenen drei Jahren (% der Betriebe, EU-28).



Grundlage: alle Betriebe in der EU-28.

Zahl nimmt mit wachsender Betriebsgröße zu, und derartige Pläne finden sich deutlich häufiger im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen. Nach Ländern bestehen beträchtliche Unterschiede: Die höchsten Anteile finden sich im Vereinigten Königreich (57 %), in Rumänien (52 %), Schweden und Dänemark (51 %) im Gegensatz zur Tschechischen Republik (8 %), zu Kroatien und Estland (9 %).

- Besonders bei den Betrieben, die vom Umgang mit schwierigen Kunden, Patienten oder Schülern berichten, geben 55 % der Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern an, dass sie ein Verfahren zum Umgang mit dieser Art von Risiko eingerichtet haben (Durchschnitt der EU-28). Im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen steigt dieser Anteil auf 72 % der Betriebe. Nach Ländern finden sich die höchsten Anteile im Vereinigten Königreich (91 %), in Schweden und Irland (80 %), die geringsten dagegen in Ungarn (21 %) und Bulgarien (29 %).
- Was die Maßnahmen betrifft, so werden in der EU-28 am häufigsten Umorganisation der Arbeit zur Verringerung von Arbeitsanforderungen und Arbeitsdruck (38 %) und vertrauliche Beratung Beschäftigter (36 %) genannt. Wie aus Abbildung 6 hervorgeht, nehmen die Prozentsätze mit steigender Betriebsgröße zu. Nach Ländern aufgeschlüsselt werden diese Maßnahmen häufiger von den nordischen Ländern angegeben, aber es gibt hier kein klares Muster, während bei einer Aufschlüsselung nach Branchen der höchste Anteil deutlich in Betrieben des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens zu finden ist.
- Etwas mehr als die Hälfte aller befragten Betriebe in der EU-28 (53 %) gibt an, über ausreichende Informationen zu psychosozialen Risiken und Gefährdungsbeurteilungen zu verfügen. Erwartungsgemäß schwankt dieser Anteil mehr nach Betriebsgröße als nach Branche, und bei der Aufschlüsselung nach Ländern finden sich die höchsten Anteile in Slowenien (75 %) und Italien (74 %) im Gegensatz zu Malta (35 %) und der Slowakei (40 %).

Förderliche und hemmende Faktoren

Die Faktoren, die Betriebe dazu bewegen, sich mit dem Umgang mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit und mit psychosozialen Risiken zu beschäftigen, sind unterschiedlich; diese reichen von Einhaltung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften, Wirtschaftlichkeit, Verständnis von wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Verhältnissen bis zum Stellenwert von Werten und Normen. Es gibt jedoch einige vorrangige Faktoren, so z. B. das vorhandene Bewusstsein und die Festlegung von Prioritäten, das Engagement der Unternehmensleitung und die Beteiligung der Mitarbeiter, die treibende Kräfte sind.

Förderliche Faktoren

- Bei den Gründen, die Betriebe für ihre Beschäftigung mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit nennen, wird von 85 % der Betriebe in der EU-28 als Hauptgrund das Erfüllen einer gesetzlichen Verpflichtung angegeben. Es gibt eine leicht positive Korrelation mit der Betriebsgröße, während zwischen den Branchen keine signifikanten Unterschiede bestehen. Nach Ländern reichen die Anteile von 68 % der Betriebe in Dänemark (außerhalb der EU-28 weist Montenegro mit 57 % den geringsten Anteil auf) bis zu 94 % in Portugal – Tabelle 3.
- Das zweitwichtigste Motiv für Maßnahmen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit ist das Erfüllen von Erwartungen seitens der Beschäftigten oder ihrer Vertreter (79 %), das am meisten von Betrieben im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen genannt wird. Hier gibt es keine signifikanten Unterschiede nach Betriebsgröße.

Tabelle 3. Gründe für die Beschäftigung mit Fragen von Sicherheit und Gesundheitsschutz im Betrieb (% der Betriebe, die dieses Thema als „Hauptgrund“ betrachten, EU-28).

Gründe (% Durchschnitt EU-28)	Land	
	Hoch	Niedrig
Erfüllen einer gesetzlichen Verpflichtung (85 %)	Portugal (94 %) Estland (92 %) Norwegen (92 %)	Montenegro (57 %) Island (65 %) Dänemark (68 %)
Erfüllen von Erwartungen seitens der Beschäftigten oder ihrer Vertreter (79 %)	Italien (93 %) Estland (91 %) Norwegen (90 %)	Polen (48 %) Slowakei (53 %) Tschechische Republik (53 %)
Vermeidung von Strafen seitens der Arbeitsinspektion (78 %)	Italien (96 %) Portugal (93 %) Bulgarien (91 %)	Schweiz (97 %) Island (57 %) Montenegro (60 %)
Erhalt der Reputation des Unternehmens (77 %)	Estland (93 %) Zypern (92 %) Italien (92 %)	Polen (39 %) Frankreich (61 %) Dänemark (68 %)
Erhaltung oder Steigerung der Produktivität (64 %)	Portugal (88 %) Türkei (86 %) Zypern (86 %)	Polen (30 %) Frankreich (41 %) Ungarn (51 %)

Grundlage: alle Betriebe in der EU-28.

- In einigen Ländern, vor allem in denen, die der Europäischen Union 2004 beigetreten sind, sowie in einigen Kandidatenländern, wird als häufigstes Motiv für die Befassung mit Fragen von Gesundheitsschutz und Sicherheit die Reputation des Unternehmens angegeben.

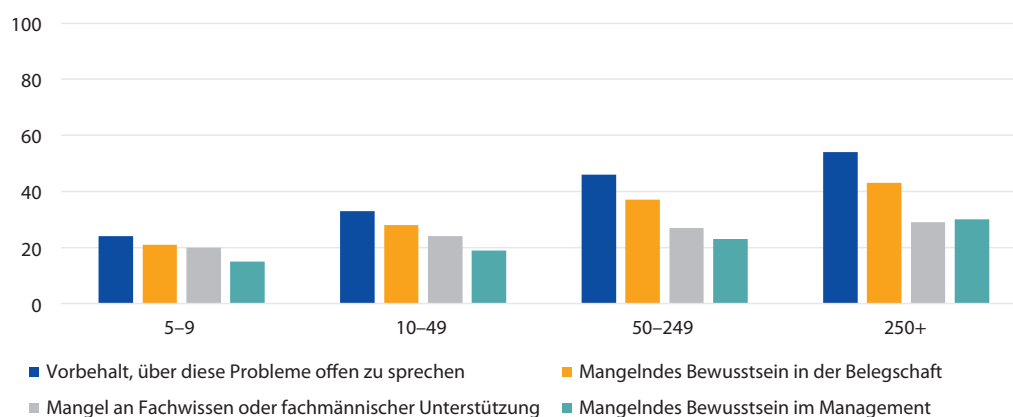
aus den Branchen verarbeitendes Gewerbe, öffentliche Verwaltung und Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung angeführt; ebenso scheinen die kleinsten Betriebe diese Hemmnisse häufiger als größere Betriebe zu nennen.

Hemmende Faktoren

- Die Ergebnisse zu den Fragen nach den Hauptschwierigkeiten im Umgang mit Gesundheitsschutz und Sicherheit zeigen, dass dies die Komplexität der gesetzlichen Verpflichtungen (40 % der Betriebe in der EU) und der bürokratische Aufwand (29 %) sind. Beide werden generell häufiger von Betrieben

- Nach Ländern finden sich die geringsten Anteile in Serbien (9 %), Montenegro (11 %), Slowenien (14 %) und Litauen (14 %), die höchsten dagegen in Italien (67 %), in der Türkei (60 %) und in Griechenland (54 %). In den nordischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) ist es interessanterweise ein Mangel an Zeit oder Personal, der den Umgang mit Gesundheitsschutz und Sicherheit zu

Abbildung 7. Schwierigkeiten beim Umgang mit psychosozialen Risiken, nach Betriebsgröße (% der Betriebe, EU-28).



Grundlage: Betriebe in der EU-28, die von mindestens einem psychosozialen Risikofaktor in ihren Betrieben berichten.

beeinträchtigen scheint. Mangel an finanziellen Ressourcen als Hauptgrund wird dagegen am häufigsten von Betrieben in Litauen, Lettland, Montenegro, Malta, Rumänien, Serbien, Slowenien, Slowakei, Bulgarien und Zypern genannt.

- Viele Betriebe in der EU-28 geben an, Probleme beim Umgang mit schwierigen Patienten, Kunden und Schülern zu haben und unter Zeitdruck zu leiden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der Umgang mit psychosozialen Risikofaktoren schwieriger ist, was auch auf den Mangel an Informationen oder angemessenen Instrumenten zum effizienten Umgang zurückzuführen ist.
- Laut ESENER-2 besteht die Hauptschwierigkeit beim Umgang mit psychosozialen Risiken wohl darin, dass diese Probleme nicht offen angesprochen werden (30 % der Betriebe in der EU-28), und diese Schwierigkeit wird wie alle anderen mit zunehmender Betriebsgröße häufiger berichtet (Abbildung 7).
- Die Ergebnisse nach Branche zeigen, dass in der öffentlichen Verwaltung diese Schwierigkeit am häufigsten (38 %) angegeben wird, während sich nach Ländern die höchsten Anteile in Finnland (44 %), Irland (40 %) und Frankreich (36 %) im Gegensatz zu der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Slowenien (15 %) und Ungarn (17 %) finden.
- Zweithäufigstes Hemmnis ist das mangelnde Bewusstsein in der Belegschaft (26 %); dieser Aspekt wird am häufigsten von Betrieben in Estland, Spanien, Kroatien, Ungarn, Malta, den Niederlanden, Portugal, Rumänien, Serbien, Schweden und in der Türkei genannt. Mangelndes Bewusstsein in der Belegschaft wird mit zunehmender Betriebsgröße häufiger genannt, und der höchste Anteil unter den Branchen findet sich im verarbeitenden Gewerbe (32 %).

Einbeziehung der Mitarbeiter

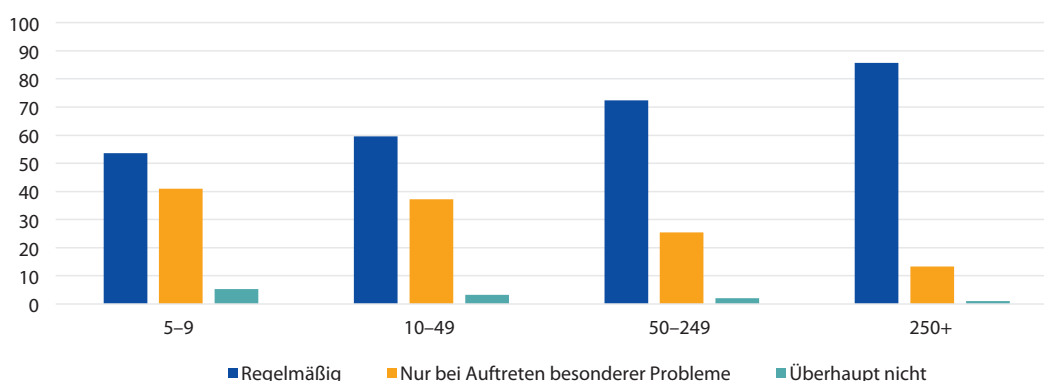
ESENER unterscheidet zwischen der informellen Beteiligung (im Sinne der direkten Mitwirkung von Mitarbeitern) und der formellen Beteiligung von Arbeitnehmern in Form einer Vertretung durch Betriebsräte und in den Betrieben vertretenen Gewerkschaften. Diese Differenzierung ist von Bedeutung, da sich diese beiden Formen durch das Ausmaß der Beteiligung und den Grad, in dem sie durch Vorschriften geregelt ist, voneinander unterscheiden. Eine informelle oder „direkte“ Beteiligung kann es in allen Arten von Betrieben geben, unabhängig von ihrer Größe oder der Branche. Im Gegensatz dazu erfordert eine formelle oder institutionelle Beteiligung, dass formelle Organe gemäß den nationalen Rechtsrahmen und sozialen Traditionen eingerichtet werden; folgerichtig ist sie eng mit der Betriebsgröße verknüpft.

Eine hohe formelle wie gleichzeitig auch informelle Beteiligung (im Sinne des sozialen Dialogs) weist auf gute Arbeitsbedingungen hin, einschließlich eines guten Umgangs mit Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im Allgemeinen sowie mit psychosozialen Risiken im Besonderen.

Konsultation

- Bei den Betrieben, die angeben, dass sie in den drei Jahren vor der Umfrage Maßnahmen zur Verhütung von psychosozialen Risiken ergriffen haben, sagen 63 % aus der EU-28 aus, dass die Beschäftigten bei der Konzeption und Umsetzung solcher Maßnahmen eine Rolle gespielt haben. Diese Ergebnisse variieren nach Ländern; führend sind hier mit 77 % Dänemark und Österreich, das Schlusslicht bildet die Slowakei mit 43 %.

Abbildung 8. Wie häufig werden Gesundheitsschutz und Sicherheit zwischen Arbeitnehmervertretern und der Betriebsleitung erörtert? (% der Betriebe, EU-28)



Grundlage: Betriebe in der EU-28, die eine Form der Arbeitnehmervertretung angeben.

- Aufgrund der Art der psychosozialen Risiken wäre zu erwarten, dass Maßnahmen in diesem Bereich zu einer stärkeren Beteiligung der Beschäftigten und zu einem besonders hohen Maß an Zusammenarbeit aller Akteure am Arbeitsplatz führen würden.
- Darauf aufbauend zeigt ESENER-2, dass 81 % der Betriebe in der EU-28 angeben, dass sie Beschäftigte nach einer Gefährdungsbeurteilung in die Konzeption von Maßnahmen einbinden; hier sind keine signifikanten Unterschiede nach Branchen festzustellen. Interessanterweise zeigen die Ergebnisse nach Größe einen leicht rückläufigen Anteil der Betriebe, die Beschäftigte nach einer Gefährdungsbeurteilung in die Konzeption von Maßnahmen einbinden, nämlich von 84 % bei den Betrieben mit fünf bis neun Mitarbeitern auf 77 % bei Betrieben mit mehr als 250 Mitarbeitern.
- Laut ESENER-2 werden Fragen zu Gesundheitsschutz und Sicherheit in 56 % der Betriebe in der EU-28, die eine Form von Arbeitnehmervertretung haben, „regelmäßig“ zwischen Arbeitnehmervertretern und Management erörtert. Dieser Anteil nimmt mit wachsender Betriebsgröße deutlich zu. Dagegen werden Ad-hoc-Reaktionen häufiger von den kleinsten Betrieben angegeben, denn 41 % von ihnen berichten, dass derartige Gespräche „nur bei Auftreten besonderer Probleme“ stattfinden; ihr Anteil sinkt mit zunehmender Betriebsgröße (Abbildung 8).
- 70 % der Betriebe in der EU-28 geben an, dass es bei solchen Gesprächen „praktisch nie“ zu Kontroversen beim Thema Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit kommt. Hier ist mit zunehmender Betriebsgröße ein deutlich rückläufiges Muster zu erkennen, was bedeutet, dass Kontroversen bei zunehmender Betriebsgröße mit höherer Wahrscheinlichkeit angegeben werden.
- Zu den strittigsten Fragen gehören zu ergreifende Maßnahmen (56 %) und Investitionen in Ausrüstung (45 %). Diese Ergebnisse sind sowohl nach Branchen als auch Betriebsgrößen ziemlich konstant.

Formelle Arbeitnehmervertretung

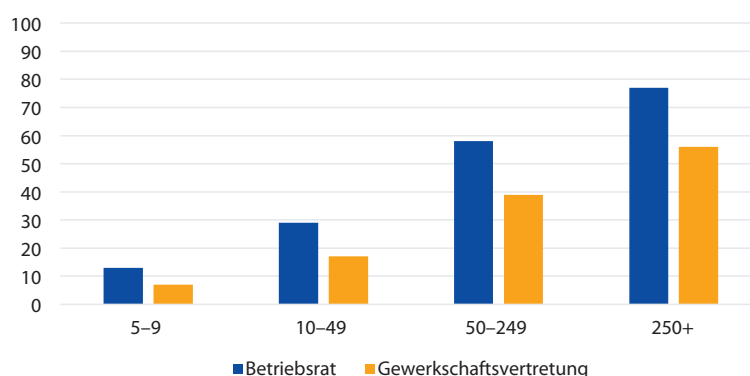
Im Hinblick auf eine formelle Arbeitnehmervertretung gibt es in 25 % der Betriebe in der EU-28 einen Betriebsrat, während 15 % der Betriebe angeben, einen Gewerkschaftsvertreter zu haben. Aus Abbildung 9 geht Folgendes hervor:

- Formelle Arbeitnehmervertretungen nehmen mit wachsender Betriebsgröße deutlich zu. Nach Branchen melden die öffentliche Verwaltung sowie Betriebe im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen die höchsten Anteile bei Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretung.
- Die nordischen Länder – Norwegen (71 %), Island (55 %) und Schweden (54 %) – melden die höchsten Anteile bei der Gewerkschaftsvertretung im Gegensatz zu Albanien (6 %) und Estland (7 %). Bezüglich der Betriebsräte findet man die höchsten Zahlen für Luxemburg (41 %), Frankreich (39 %) und die Slowakei, die niedrigsten dagegen für Island (4 %), die Tschechische Republik, Serbien und Portugal (5 %).

Formelle Vertretung im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit

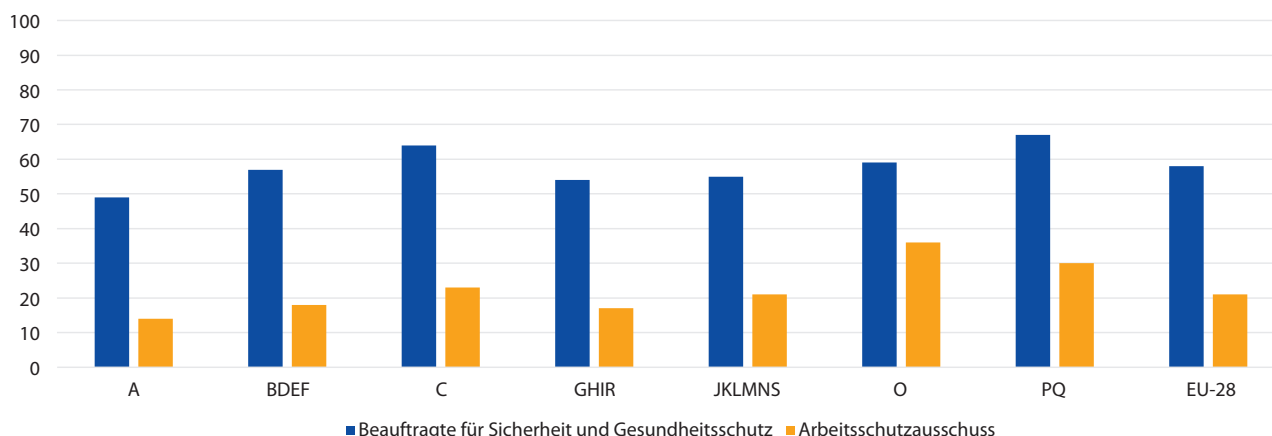
- Bezüglich der formellen Vertretung im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (Abbildung 10) wurde im Rahmen von ESENER-2 ermittelt, ob ein Beauftragter für Sicherheit und Gesundheitsschutz und ein Arbeitsschutzausschuss vorhanden sind. Am häufigsten wird ein Beauftragter für Gesundheitsschutz

Abbildung 9. Formelle Arbeitnehmervertretung im Betrieb: Betriebsrat und Gewerkschaftsvertretung, nach Betriebsgröße (% der Betriebe, EU-28).



Grundlage: Alle Betriebe in der EU-28 – angefragt in den Ländern, auf die diese Vertretungsformen zutreffen.

Abbildung 10. Formelle Vertretung im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit in Betrieben nach Branche: Beauftragter für Sicherheit und Gesundheitsschutz und Arbeitsschutzausschuss (% der Betriebe, EU-28).



Grundlage: Alle Betriebe in der EU-28 – Größe abhängig von den einzelstaatlichen Schwellenwerten für diese Vertretungsformen.

NACE Rev. 2-Abschnitte: A: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. B, D, E, F: Baugewerbe, Abfallmanagement, Wasser- und Energieversorgung. C: Verarbeitendes Gewerbe. G, H, I, R: Handel, Transport, Gastgewerbe/Beherbergung und Erholung. J, K, L, M, N, S: IT, Finanzwesen, Immobilienbranche und andere technische, wissenschaftliche oder persönliche Dienstleistungen. O: Öffentliche Verwaltung. P, Q: Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen.

und Sicherheit genannt, nämlich von 58 % der Betriebe in der EU-28. Am höchsten sind die Anteile in Betrieben des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens (67 %), gefolgt vom verarbeitenden Gewerbe (64 %) und der öffentlichen Verwaltung (59 %).

- 21 % der Betriebe in der EU-28 verfügen über einen Arbeitsschutzausschuss, und nach Branchen ist dieser am häufigsten in der öffentlichen Verwaltung (36 %) und in Betrieben im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen zu finden (30 %).
- Wie erwartet werden diese Ergebnisse weitgehend von der Betriebsgröße bestimmt; dies trifft vor allem auf den Arbeitsschutzausschuss zu, der bei zunehmender Betriebsgröße immer häufiger vorhanden ist.
- Nach Ländern sind Beauftragte für Sicherheit und Gesundheitsschutz in Italien (87 %), Rumänien und Litauen (78 %) am gängigsten, am seltensten werden sie in Montenegro (17 %), Griechenland (17 %) und Albanien (20 %) angegeben. Die meisten Arbeitsschutzausschüsse werden aus Dänemark (50 %), Bulgarien (44 %) und der Türkei (40 %) gemeldet, am seltensten werden sie in Lettland (2 %), der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (3 %) und Ungarn (3 %) genannt.
- Schließlich geben 80 % der Betriebe in der EU-28 mit Beauftragten für Sicherheit und Gesundheitsschutz an, dass sie diese während der Arbeitszeit schulen, damit sie ihre Aufgabe wahrnehmen können. Während die Ergebnisse nach Branchen keine übermäßigen Unterschiede aufweisen, gibt es nach Betriebsgröße eher ein Muster, da der Anteil mit wachsender Betriebsgröße zunimmt. Nach Ländern gibt es einige Unterschiede: Die höchsten Anteile werden aus der Slowakei (94 %), Estland (92 %) und der Tschechischen

Republik (89 %) gemeldet, die geringsten dagegen aus Albanien (43 %), Montenegro (53 %) und Ungarn (64 %).

Erhebungsmethodik

- Im Sommer und Frühherbst 2014 wurden in Betrieben mit fünf oder mehr Mitarbeitern sowohl aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor Befragungen durchgeführt. Diese erfolgten in Betrieben aller Branchen; ausgenommen waren private Haushalte (NACE T) und exterritoriale Organisationen (NACE U).
- Insgesamt wurden 36 Länder von der Studie abgedeckt: alle 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sechs Kandidatenländer (Albanien, Island, Montenegro, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und Türkei) und zwei EFTA-Länder (Norwegen und Schweiz).
- Insgesamt wurden 49 320 Betriebe befragt – Ansprechpartner war „die Person, die sich am besten mit Gesundheitsschutz und Sicherheit im Betrieb auskennt“. Nach Ländern umfassten die Stichproben zwischen 450 Betriebe in Malta und 4 250 im Vereinigten Königreich (siehe nationale Stichproben unter <http://www.esener.eu>).
- Die nationalen Referenzstichproben wurden – finanziert von den entsprechenden nationalen Behörden – in drei Ländern durchgeführt: Slowenien, Spanien und Vereinigtes Königreich.
- Die Daten wurden telefonisch über „Computer-Assisted Telephone Interviews“ (CATI) erhoben.
- Die Feldarbeit wurde von der TNS Deutschland GmbH und ihrem Netzwerk aus Feldarbeitszentren in jedem Land durchgeführt.

- Die Proben wurden gemäß einem disproportionalen Stichprobenplan gezogen, der im Nachhinein durch die entsprechende Gewichtung berichtigt wurde.
- Es wurden Proben angestrebt, die den Qualitätsansprüchen genügen und eine länderübergreifende Vergleichbarkeit gewährleisten.
- Der Fragebogen wurde von einem Team entwickelt, das sich aus Sachverständigen für Stichprobenpläne, Sachverständigen für den Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit (insbesondere psychosoziale Risiken) sowie Mitarbeitern der EU-OSHA zusammensetzte.
- Weitere Informationen über die im Rahmen der ESENER verwendete Methodik finden Sie unter folgender Adresse: <http://www.esener.eu>.

Weitere Informationen

Ein Bericht mit „Ersten Ergebnissen“ wurde im Februar 2015 veröffentlicht und ist abrufbar unter <https://osha.europa.eu/en/publications/reports/esener-ii-first-findings.pdf/view>. Detailliertere Ergebnisse und Analysen werden unter <http://www.esener.eu> zur Verfügung gestellt, und später im Jahr 2015 kann der ESENER-Datensatz über das UK Data Archive (UKDA) der University of Essex unter folgender Adresse abgerufen werden: <http://ukdataservice.ac.uk/about-us.aspx>.

Im Laufe der Jahre 2015-2016 werden weitere Analysen durchgeführt und im Jahr 2017 veröffentlicht.

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015

ISBN: 978-92-9240-693-6

doi:10.2802/624053

© Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 2015

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Die Aufgabe der **Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)** besteht darin, dazu beizutragen, dass die Arbeitsplätze in Europa sicherer, gesünder und produktiver werden. Die Agentur untersucht, entwickelt und verbreitet verlässliche, ausgewogene und unparteiische Informationen über Sicherheit und Gesundheit und organisiert europaweite Sensibilisierungskampagnen. Die Agentur wurde 1994 von der Europäischen Union gegründet und hat ihren Sitz in Bilbao, Spanien. Sie bringt nicht nur Vertreter der Europäischen Kommission, der Regierungen der Mitgliedstaaten, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sondern auch führende Sachverständige zusammen – und dies in jedem der EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus.

Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)

Referat Prävention und Forschung
Santiago de Compostela 12, 5. Etage
48003 Bilbao, Spanien
Tel.: (+34) 944 358 400
E-Mail: information@osha.europa.eu

<http://osha.europa.eu>



■ Amt für Veröffentlichungen